



Pressemitteilung

Referentenentwurf Pflegeberufe: Mangel statt Lösung

Fachgespräch des Bündnis für Altenpflege zeigt ungeklärte zentrale Punkte bei Ausbildungsinhalten und Praktikumseinsätzen

Berlin, 30. November 2015 – Mit dem Entwurf des geplanten Pflegeberufsgesetzes hat die Bundesregierung zwar gezeigt, wo sie hinmöchte, den konkreten Weg aber weitgehend im Dunklen gelassen. Dies kritisiert das Bündnis für Altenpflege, das heute Politiker, Pflegeexperten und Verbandsvertreter zu einem Fachgespräch zusammengebracht hat. „Die wichtigsten Fragen sind weiterhin offen, etwa wie viel Zeit die Auszubildenden künftig wirklich in den Betrieben der stationären und ambulanten Altenpflege verbringen sollen, um wichtige Praxiserfahrung im Umgang mit älteren Menschen zu sammeln“, sagt Bündnissprecher Peter Dürrmann.

Zu Beginn des Fachgespräches hatte der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ralf Kleindiek den Referentenentwurf erläutert, auch Fachpolitiker der Regierungsparteien nahmen teil. „Die wesentlichen Risiken sind nicht ausgeräumt, etwa die von Experten befürchteten millionenschweren Mehrkosten oder der errechnete Wegfall von tausenden Ausbildungsplätzen im Bereich der Altenpflege, weil Betriebe durch die neue Struktur der Ausbildung überfordert wären“, so Bernd Meurer Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa). „Auch praktische Fragen, zum Beispiel wie die tausenden von Auszubildenden künftig Praktika in Spezialbereichen wie der Kinderkrankenpflege sammeln sollen, habe die Bundesregierung nicht beantworten können“, machte Thomas Knieling, Bundesgeschäftsführer des Verbands Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) deutlich.

„Die beiden beteiligten Ministerien haben offenbar einen politischen Minimalkonsens in einen Gesetzentwurf gegossen, der bisher nur eine leere Hülle ist“, kritisiert Dürrmann. Alle wichtigen inhaltlichen Fragen wurden an eine geplante Facharbeitsgruppe delegiert. „Wir nehmen die Gesundheitspolitiker der Regierungskoalition mit ihrer Ankündigung ernst, einem Gesetz nur dann zustimmen zu wollen, wenn zuvor alle grundsätzlichen Fragen der Finanzierung, der Ausbildungsinhalte und der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze geregelt sind.“ Die Ergebnisse der Facharbeitsgruppe müssten also vorliegen, bevor der Bundestag eine Entscheidung treffen könne. Das haben der Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek und der Gesundheitspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Rüdell beim heutigen Fachgespräch erneut zugesagt.

In dem Gespräch wurde deutlich, dass mehrere große Landesverbände des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht zuletzt aufgrund des Referentenentwurfs beabsichtigen, die generalistische Ausbildung abzulehnen.

„Wir begrüßen jede Weiterentwicklung der Pflegeberufe, die uns bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen einer alternden Gesellschaft helfen. Genau deshalb muss aber vor einer Entscheidung sicher sein, dass gerade für die Altenpflege auch in Zukunft Fachkräfte in großer Zahl und mit hoher Fachkenntnis ausgebildet werden können“, so der Sprecher des Bündnis für Altenpflege.

Für Rückfragen: Peter Dürrmann, Sprecher des Bündnisses, Tel. 05121/2892872

Das **Bündnis für Altenpflege** vertritt zwischenzeitlich über 60 Prozent aller Altenpflegeeinrichtungen. Beteiligt sind: Arbeitskreis Ausbildungsstätten Altenpflege (AAA), Arbeiterwohlfahrt (AWO) LV Berlin und Bayern, Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen e.V. (BKSB), Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa), Deutsche Akademie für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e. V., Deutscher Berufsverband für Altenpflege e. V. (DBVA), Deutsche Expertengruppe Demenztbetreuung e. V. (DED), Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e. V. (DGGPP), Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen (DVLAB), Frankfurter Forum für Altenpflege (FFA-Netzwerk), Pflegebündnis Mittelbaden e. V., Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V. (VDAB), Wohnstifte im Paritätischen (WiP).